

Presseinformation



**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 318.20 / 25.09.2020

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 31 – Ganztagsangebote weiterentwickeln –
Echte Ganztagschule

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin
der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

Der Ganzttag ist ein wichtiger Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ganzttag muss ausgebaut werden. Darüber sind wir uns im Jamaika-Bündnis, und ich denke insgesamt in diesem Haus, einig. Deshalb haben wir den flächendeckenden Ausbau des Ganztags an Grundschulen in unserem Koalitionsvertrag vereinbart.

Auch auf Bundesebene hat sich die Große Koalition in den Koalitionsverhandlungen auf einen Rechtsanspruch auf Ganzttag an den Grundschulen verständigt. Dafür will der Bund den Ländern zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist eine gute Maßnahme. Der Ganzttag ist ein wichtiger Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit. Insbesondere für Kinder, die in ihren eigenen Familien wenig Förderung erfahren. Und es ist richtig, dass mit dem Rechtsanspruch in der Grundschule begonnen wird, denn dort werden so wichtige Weichen für den weiteren Bildungs- und Lebensweg gestellt.

Aber die zwei Milliarden, die der Bund in Aussicht gestellt hat, reichen hinten und vorne nicht. Deshalb laufen Verhandlungen der Länder mit dem Bund. Zu einer guten Ganztagschule gehören mehrere Bausteine. Es braucht Räume und Ausstattung. Dafür hat der Bund in diesem Jahr schon mal 750 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Schleswig-Holstein hat davon 25,5 Millionen Euro bekommen.

Wir haben als Jamaika-Koalition beschlossen, den Kofinanzierungsanteil der Kommunen von 30 Prozent zu übernehmen, damit auch haushaltsschwache Kommunen in den Ganzttag investieren können. Das sind elf Millionen Euro.

Es braucht aber weitere Investitionsmittel. Es ist gut und notwendig, dass sich der Bund

hier weiter einbringen wird. Dadurch kommen wir bei Räumen, Mensen und Ausstattung einen großen Schritt weiter. Das Land hat dafür vorgesorgt und den Kommunen mehr als 100 Millionen Euro für die künftige Kofinanzierung zur Verfügung gestellt. Wir lassen die Kommunen nicht im Regen stehen.

Aber es braucht auch Personal. Und da zeigt sich, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern weiter schwierig ist, weil wir immer noch das Kooperationsverbot haben, welches dem Bund verbietet, sich an den strukturellen Personalkosten zu beteiligen. Das Kooperationsverbot ist eine große Hürde auf dem Weg zu einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bund und Ländern. Ich hoffe, dass sich in Zukunft Mehrheiten finden werden, um es abzuschaffen.

Da die Länder aber die Unterstützung vom Bund für den Ganzttag haben wollen, hat man den Umweg über einer Verankerung des Rechtsanspruchs auf Ganzttag im Sozialgesetzbuch ins Auge gefasst. Es ist für den Moment wohl ein gangbarer Weg. Aber Ganzttag und Schule gehören zusammen. Deshalb muss es das Ziel sein, auch die Finanzierung über den Bildungshaushalt laufen zu lassen.

Wir haben uns vorgenommen, dass bis zum Ende der Wahlperiode alle Grundschulen zu Ganzttagsschulen werden. Dann muss entschieden werden, wie das inhaltliche Konzept aussieht. Im Moment gibt es ein buntes Bild mit unterschiedlichsten Trägern, Qualifikationen der Angebotsleitungen, Zeitrahmen und Kosten.

Häufig sind Vor- und Nachmittag völlig voneinander getrennt. Die Schulen sagen dann, sie „haben“ eine Ganzttagsschule. Es ist eher ein Anhängsel. Wir müssen aber dazu kommen, dass die gesamte Schule sich als Ganzttagsschule sieht. Dafür ist eine Verzahnung von Vor- und Nachmittag ungeheuer wichtig. Auch, um eine Entzerrung und andere Rhythmisierung des Schultags hinzubekommen, damit fachliches Lernen und verschiedene Angebote auf die Bedarfe der Schüler*innen abgestimmt werden können.

Dafür ist zentral, dass Lehrkräfte auch am Nachmittag an der Schule arbeiten. Bei gebundenen oder teilgebundenen Ganzttagsschulen ist das schon heute ganz normal. Hierfür brauchen wir aber deutlich mehr Lehrer*innenstellen. Das kostet zum einen viel Geld, zum anderen gibt es die Lehrkräfte im Moment nicht.

Deshalb ist es wichtig, neu zu denken und Konzepte für den ganzen Schultag auch mit multiprofessionellen Teams zu gestalten. Da kommt schnell das Argument, der Deprofessionalisierung, wenn Stunden auch von Nicht-Lehrkräften gegeben werden. Hier muss in der Tat eine Abwägung getroffen werden. Aber wir sollten neue Möglichkeiten diskutieren.

Eine weitere Frage dabei ist, wie schulische Ganzttagsangebote mit betreuter Grundschule und Hort zusammengeführt werden können. Es muss gelingen, hier ein Gesamtkonzept zu finden, um allen Schüler*innen schulische Bildungsangebote am Nachmittag zu ermöglichen. Die offenen Ganzttagsgrundschulen in Norderstedt sind eine Variante.

Für uns Grüne ist wichtig, dass wir die Gestaltung des Ganztags und die Rahmenvorgaben dazu nicht losgelöst von den Praktiker*innen beschließen. Deshalb schlagen wir vor, dass die Landesregierung einen Dialogprozess mit allen Beteiligten führt, um gemeinsam zu entscheiden, wie wir den Rechtsanspruch auf Ganzttag optimal umsetzen.
